

HB Bremen

SH Schleswig-Holstein



V.l.: Joachim Wittrien (1. Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Bremen), Alexander Künzel (Senior-Vorstand der Bremer Heimstiftung), Wolfgang Luz (Vorstandsvorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, LV Bremen), Dr. Andreas Weichelt (Vorsitzender der Seniorenvertretung Bremen), Moderator Matthias Veit (Pressesprecher des SoVD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen), Rainer Bensch (Mitglied der CDU-Bürgerschaftsfraktion).

Gute Pflege nicht zum Billigtarif

Der Begriff „Pflegerotstand“ ist in aller Munde. Lösungsansätze wurden Mitte Oktober in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wie kann Pflege besser werden?“ diskutiert. Eingeladen hatten der SoVD-Landesverband Bremen, die Seniorenvertretung Bremen sowie Der Paritätische Bremen. Rund 50 sachkundige Gäste besuchten die Veranstaltung.

„Die Krise in der Pflege war seit zwanzig Jahren absehbar“, erläuterte Alexander Künzel, Senior-Vorstand der Bremer Heimstiftung, einer der drei Redner auf dem Podium. „Das Standardpflegemodell lautete: Je billiger, desto besser!“ Um motiviertes Personal zu gewinnen, entwarf er die Vision einer generalistischen Pflegeausbildung.

Klaus Möhle, SoVD-Kreisvorsitzender und Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion, erwähnte, dass in einigen Bremer

Einrichtungen Pflegefehler und Gewalt zum Alltag gehören. Er sieht Personalschlüssel, die akzeptabel sind, als eine Lösung. „Die Gesellschaft muss sich im Klaren sein, dass es gute Pflege nicht zum Billigtarif gibt!“, sagte er und warnte: „Die Diskussion um Pflege darf nicht im Parteiengenzänk untergehen.“

Rainer Bensch, Mitglied der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Sprecher für Gesundheit und Krankenhäuser, berichtete abschließend über die schwierige Situation pflegender An-

gehöriger. Hier sei dringend Unterstützung gefragt.

Im Anschluss beantworteten die Referenten Fragen aus dem Publikum. Lösungsvorschläge wurden gesammelt, vom Ausbau der Tagespflege bis zur Änderung der Pflegeversicherung. „Das Thema Pflege ist allgegenwärtig“, lautete das Fazit von Joachim Wittrien, 1. Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Bremen, „wir werden es in die Mitte der Gesellschaft tragen und gemeinsam daran weiterarbeiten.“

Deutschland ist laut Studie Schlusslicht in puncto Lebenserwartung

Wer arm ist, lebt oft kürzer

Neugeborene in Deutschland haben heute im Mittel eine um mehr als ein Jahr geringere Lebenserwartung als im westeuropäischen Durchschnitt. Das ist das Ergebnis einer weltweiten Gesundheitsstudie. In Deutschland sind dabei außerdem die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten besonders ausgeprägt.

In der „Global Burden of Disease Study“ wurden mehr als 8200 Daten aus 195 Ländern zusammengetragen und ausgewertet. Danach ist die Lebenserwartung weltweit zwischen 1950 und 2017 um fast 50 Prozent gestiegen.

In Deutschland beträgt die Lebenserwartung für neugeborene Jungen 78,2 und für Mädchen 83 Jahre. Sie liegt damit mehr als ein Jahr unter dem westeuropäischen Durchschnitt von 79,5 und 84,2 Jahren. Bei den Männern ist Deutschland damit sogar Schlusslicht.

Das hat unter anderem auch mit der Ernährung zu tun: Die maritime Küche enthält mehr Gemüse, Salat, Hülsenfrüchte und Obst, während in Deutschland kalorienreiche, fetthaltige Gerichte dominieren. Als weitere Faktoren kommen Tabak- und Alkoholkonsum, Bewegungsmangel und Übergewicht hinzu.

Auch psychische Belastungen wie Hektik, Alltagsstress und ein belastendes Arbeitsleben können die Lebenserwartung bekanntlich verringern.

Auffallend: Die Lebenserwartung in Deutschland unter-

scheidet sich stark zwischen den sozialen Schichten. Männer, die in prekären Verhältnissen leben, haben eine Lebenserwartung von 70,1 Jahren; ihre wohlhabenden Geschlechtsgenossen hingegen 80,9 Jahre. Bei Frauen liegt die Differenz bei etwa acht Jahren (76,9 bzw. 85,3 Jahre). Das geht aus einer Studie des Robert Koch-Instituts hervor.

Fachleute begründen das damit, dass Bewegungsmangel, schlechte Ernährung sowie Alkohol- und hoher Tabakkonsum bei sozial Schwächeren immer noch stärker auftreten. str

Justizministerin zu Gast

Mit erstklassigen Referenten wurden rund 80 ehrenamtliche Sozialrichterinnen und -richter im Rahmen einer Fortbildung des SoVD Schleswig-Holstein auf den neuesten Stand des Sozialrechts gebracht.

Dieter Konietzko, ehemaliger Pressesprecher der AOK, referierte über Stolperfallen im Krankenversicherungsrecht. Der ehemalige Richter Dr. Michael Neumann zeigte Wege auf, die vorzeitige Rente möglichst ohne Abschläge zu erreichen. Außerdem berichtete Michael Berger vom Landesamt für soziale Dienste über Veränderungen im Schwerbehindertenrecht.

Als Ehrengäste konnte die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl Schleswig-Holsteins Justizministerin, Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU), und die Präsidentin des Landessozialgerichts, Dr. Christine Fuchsloch, begrüßen.

In ihrem Grußwort würdigte die Justizministerin das Engagement der ehrenamtlichen Sozialrichterinnen und -richter: „Sie bringen in entscheidender Weise den gesunden Menschenverstand in die Gerichtssäle und Beratungszimmer unseres Landes. Durch ihre Erfahrung verleihen Sie den Entscheidungen in der Sozialgerichtsbarkeit nicht nur eine bessere Akzeptanz. Durch Ihre Mitwirkung wird neben der juristischen Bewertung auch der soziale Lebenssachverhalt in den Mittelpunkt gerückt“, so Dr. Sütterlin-Waack.



Die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl eingerahmt von Dr. Christine Fuchsloch (li.) und Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Personalien

Hartmut Marx wird am 27. Dezember 75 Jahre alt. Marx gehört dem SoVD seit 1996 an. Er übt bis heute vielfache Funktionen auf Orts-, Kreis- und Landesebene aus. Der 1. Vorsitzende des LV Baden-Württemberg war von 2003 bis 2007 Bundesrevisor und von 2007 bis 2011 Bundeschriftführer. Seit 2011 ist Marx Mitglied im Finanzausschuss.



Monika Paulat feiert am 17. Dezember ihren 70. Geburtstag. Paulat ist Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages e. V. und Präsidentin des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg a. D. In den SoVD trat sie im Juni 2014 ein. Seit November 2015 gehört Paulat dem Sozialpolitischen Ausschuss an, zudem ist sie Mitglied im Ausschuss für Frauenpolitik.